Hamburger Abendblatt vom 05.10.2011

Ammersbek verschärft Satzung zum Baumschutz

Wer keine Ersatzanpflanzung vornimmt, muss künftig **590 statt 127 Euro** zahlen

AMMERSBEK :: Glinde hat gerade beschlossen, die Baumschutzsatzung in der Stadt abzuschaffen (wir berichteten), in Ammersbek wird sie dagegen verschärft. Das haben SPD, CDU und Grüne jetzt beschlossen. Die FDP ist dagegen, spricht von „Bürger-Abzocke", „Abzock-Vorschrift" und „Bevormundungs-Satzung". Die künftig geltenden Ausgleichsbeträge seien „unverschämt und provokativ".

Sie sind auf jeden Fall deutlich höher als zuvor. Nach der alten Satzung sind 127 Euro Ausgleich fällig, wenn die Umweltabteilung im Rathaus die Fällung eines geschützten Baumes genehmigt, der Eigentümer aber nicht in der Lage ist, als Ersatz für den alten einen neuen Baum zu setzen. Künftig sind in so einer Fallkonstellation 590 Euro fällig. „Der bisherige Betrag ist nicht kostendeckend gewesen", sagt Bürgermeister Horst Ansén. Eine Ersatzanpflanzung koste die Gemeinde knapp 300 Euro. Die neuen Tarife sollten dazu beitragen, dass mehr Ammersbeker selbst ersatzweise einen neuen Baum pflanzten.

Geschützt sind in Ammersbek grundsätzlich alle Laubbäume, deren Stammumfang einen Meter über dem Erdboden mindestens 70 Zentimeter beträgt. Ausnahme: Obstbäume, Birken, Pappeln und Weiden fallen nicht unter die Baumschutzsatzung. Bei mehrstämmigen Bäumen ist die Summe der Umfänge maßgeblich.

Pro Jahr gehen im Ammersbeker Umweltamt durchschnittlich 25 Anträge auf Erteilung einer Fällgenehmigung ein. Ungefähr ein Drittel davon werde abgelehnt, schätzt der Umweltexperte im Rathaus, Josef Niggemann. (sul)